



---

**mouvement  
écologique**

## Stellungnahme

**Gesetzesprojekte zur Reform der Leasing-  
Dienstwagen bzw. zur „Klimabank“:**

**Substantielle Nachbesserungen im Sinne  
eines konsequenten Klimaschutzes und  
sozialer Gerechtigkeit geboten!**

---

**Januar 2022**

## **Gesetzesprojekte zur Reform der Leasing-Dienstwagen bzw. zur „Klimabank“:**

### **Substantielle Nachbesserungen im Sinne eines konsequenten Klimaschutzes und sozialer Gerechtigkeit geboten!**

In der letzten Rede zur Lage der Nation betonte Staatsminister X. Bettel ausdrücklich, dass dringendes Handeln im Klimabereich geboten sei. Auch auf internationalen Tagungen setzt sich die Luxemburger Regierung für einen konsequenten Klimaschutz ein, der z.T. sogar über das bis dato Beschlossene hinausgehen soll.

Rezent wurde in diesem Zusammenhang die Einsetzung eines Bürger-Klimarates in Luxemburg vorgestellt. Ziel: Bürger\*innen sollen Anregungen erstellen, welche Schritte in Luxemburg notwendig wären in Sachen Klimaschutz, die *über* die im nationalen Energie- und Klimaplan vorgesehenen Maßnahmen hinausgehen.

Gleichzeitig führt die Regierung an, sie würde konsequente Schritte zur Reduktion der Energiearmut in die Wege leiten.

**Parallel zu diesen begrüßenswerten Bekundungen, hat die Regierung zwei Reformtexte vorgelegt, die diesen Ansprüchen bei weitem nicht gerecht werden:**

- das **großherzogliche Reglement** „*modifiant le règlement grand-ducal modifié du 23 décembre 2016 portant exécution de l'article 104, alinéa 3 de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu* », mit welchem die Bestimmungen betreffend die Leasing-Dienstwagen reformiert werden sollen ;
- das **Gesetzesprojekt** « *relative aux aides à des prêts climatiques* », sprich die **sog. Klimabank**.

**Diese Reformtexte zeichnen sich nach Ansicht des Mouvement Ecologique durch gravierende Defizite aus, da die notwendige Kohärenz zu den genannten Zielen nicht im notwendigen Ausmaß gegeben ist und sie sogar im Widerspruch zu diesen stehen:**

- **Fehlende Konsequenz in Sachen Klimaschutz**

Luxemburg verfehlt derzeit seine internationalen Verpflichtungen im Bereich CO<sub>2</sub>-Einsparungen. Auch die Umsetzung der Ziele des nationalen Energie- und Klimaplanes riskiert derzeit zu scheitern. Wer nun denkt, die Regierung würde solche – a priori begrüßenswerte - legislative Reformen nutzen, um den bestmöglichen Klimaschutz zu sichern, der irrt.

Beide Reformtexte zeichnen sich in der Tat durch fehlende Konsequenz in Sachen Klimaschutz aus! Betreffend die Dienstwagen profitieren Verbrennungsmotoren zu lange über einen zu hohen geldwerten Vorteil, die Maßnahmen auf der Ebene der Klimabank werden wohl kaum deren Attraktivität für finanzschwache Haushalte erhöhen. Fest steht: wird Luxemburg

weiterhin derart halbherzig die notwendigen Reformen angehen, so werden wir unsere Klimaschutzziele nie erreichen...

- **Fehlgeleitete Investition staatlicher Gelder**

Die aktuelle Regierung scheiterte bis dato an ihrem eigenen Anspruch, eine nachhaltige Steuerreform durchzuführen. So werden weiterhin de facto finanzielle Anreize gesetzt, die eher klimaschädigendes Verhalten fördern, denn verhindern. Auch die mehrfach versprochene Analyse, inwiefern derzeit staatliche Gelder kontraproduktiv im Sinne des Klima- und Biodiversitätsschutzes investiert werden, liegt noch nicht vor.

Dass nunmehr aber die Regierung mit beiden vorliegenden Reformen diese Situation noch zementiert und z.T. sogar eher Verschlechterungen entscheiden will, ist in keinsten Form hinnehmbar.

- **Ungerechte Maßnahmen aus sozialpolitischer Sicht**

Beide Reformtexte zeichnen sich zudem durch eine soziale Ungerechtigkeit aus. Statt vor allem die Haushalte mit geringeren Finanzmitteln in der „transition énergétique“ zu unterstützen, sollen in Zukunft Gelder sogar noch undifferenzierter, also ungeachtet der finanziellen Situation ausgezahlt werden.

Dabei sollen der so wichtige „Null-Kreditzinssatz“ sowie die direkte Kapitalunterstützung für finanziell schwächere Haushalte im Rahmen der Klimabank sogar abgeschafft werden... Bei den Dienstwagen hingegen soll sich der Kauf regelrechter Energiefresser-PKWs weiterhin für Personen mit hohem Einkommen lohnen. Dies finanziell gefördert vom Staat – also von der Allgemeinheit.

**Parallel zu diesen kontraproduktiven Regelungen sollen jedoch die Bürger\*innen die CO<sub>2</sub>-Steuer als Lenkungsinstrument zu schätzen wissen: wie soll so eine Akzeptanz für klimaschutz-politische Maßnahmen gewährt sein?**

**Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die CO<sub>2</sub>-Steuer ist unerlässlich für die energetische Transition; der Mouvement Ecologique tritt sogar mit aller Entschiedenheit für eine höhere Bepreisung der Treibhausgas-Emissionen sowie eine langfristig planbare Erhöhung im Laufe der Jahre ein.**

**Aber: Akzeptanz für derartige Maßnahmen lässt sich nur schaffen, wenn die Klimapolitik der Regierung auch sozialgerecht und in sich konsistent ist. Beide Reformtexte erfüllen diesen Anspruch nicht und tendieren sogar eher in die falsche Richtung!**

**Der Mouvement Ecologique erwartet deshalb, dass**

- die beiden Reformtexte im Sinne des Klimaschutzes und einer stärkeren sozialen Ausgewogenheit überarbeitet werden;

- Fakten offengelegt werden, wie viele Gelder über die CO2-Steuer eingenommen wurden, wie diese rückverteilt wurden und wie dies sich vor allem auf die finanziell schwächeren Haushalte ausgewirkt hat;
- die Eckwerte einer nachhaltigen Steuerreform sowie die Studie zum Abbau umweltschädlicher Subventionen noch in dieser Legislaturperiode offengelegt werden;
- umgehend ein Gesamtkonzept mit konkreten Maßnahmen zur stärkeren Unterstützung finanzschwacher Haushalte erstellt wird.